

Das Diktat der Bundesbank

HEIKO MARTENS

Das Maastricht-Referendum in Frankreich steht unmittelbar bevor – und noch einmal wird allen, den Gegnern und den Befürwortern einer Europäischen Währungsunion, eindrucksvoll demonstriert, wie das jetzige Währungssystem in Europa funktioniert.

Die Bundesbank hält die Zinsen hoch, weil sie in Deutschland Geld verknappen und so die Geldentwertung bekämpfen will. Das macht die Mark attraktiv für Anleger in der ganzen Welt. Sie steigen aus anderen Währungen aus und kaufen sich in Deutschland ein. „The mighty Mark“ (*Newsweek*) zeigt wieder einmal Zähne. Deutschland und seine Währung beherrschen Europa.

Schweden und Finnern mußten ihre Zinsen hoch setzen, um den Anstieg aus der Krone und aus der Finnmark zu bremsen. Die Wirtschaftslage in den beiden Ländern, die dem Europäischen Währungssystem (EWS) nicht einmal angehören, erforderte eher das Gegenteil, billiges Geld.

Der britische Finanzminister lieh sich 20 Milliarden Mark, um damit Pfund einzukaufen; der Kurs sollte nicht weiter verfallen. Das Problem sei nicht britisch, giftete die *Times*, „es ist deutsch“.

Die Franzosen zahlen zähneknirschend zehn Prozent Zinsen, obwohl ihre Inflationsrate unter der deutschen liegt.

Sie alle beugen sich dem Diktat der Bundesbank. Aber warum? Warum werten sie ihre Währungen nicht einfach ab?

Der Wechselkurs ist eine Art Puffer zwischen sich unterschiedlich entwickelnden Volkswirtschaften. Geht es einer Volkswirtschaft schlecht, kann sie schlicht den Preis für ausländische Währungen anheben. Eine Abwertung würde die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft stärken, ihre Produkte im Ausland billiger machen.

Dabei wird allerdings die Kehrseite von Abwertungen übersehen: Die Importe verteuern sich im selben Maße, wie die Exportpreise nachgeben.

Solange Deutschland einsame Stabilitätsinsel war, so lange bestand diese Gefahr nicht: Europa impor-

tierte Stabilität aus dem Land der Leitwährung.

Doch je mehr sich Stabilität um Deutschland herum ausbreitet, desto untauglicher wird das Instrument der Wechselkursänderungen. Diese leidvolle Erfahrung haben in der Vergangenheit Abwertungsländer gemacht: Die Geldentwertung nahm zu, ohne daß sich die reale Wirtschaftskraft dauerhaft verbesserte.

Eine Neubewertung der europäischen Währungen, und das hieße eine Abwertung der meisten Währungen gegenüber der D-Mark, zum derzeitigen Zeitpunkt würde tendenziell die Inflationsgefahr erhöhen. Unsicherheiten im Wechselkursystem bergen bei eng miteinander verflochtenen Volkswirtschaften wie in Europa die Gefahr, daß ein Zinswettbewerb

einsetzt und die Preise steigen. So gesehen garantieren feste Wechselkurse am ehesten Preisstabilität.

Verzicht auf Wechselkursänderungen aber verlangen Opfer. Das EWS unter der Führung der Mark war so lange

erfolgreich, wie die Leitwährung einen Stabilitätsvorsprung hatte und die politische Bereitschaft bei den Partnern Deutschlands bestand, diese Stabilitätsopfer zu bringen. Inzwischen haben sich die Grunddaten geändert. Die D-Mark ist nicht mehr das, was sie mal war, sie ist zur Zeit weit stärker als die Wirtschaft, die sie repräsentiert.

Wenn Europa dennoch noch einmal bereit war, das bislang so erfolgreiche EWS-Spiel mitzuspielen, dann nicht zuletzt, weil der Währungsgeleitzug sich auf dem Weg in eine Währungsunion befindet.

Warum aber sollten andere mit inzwischen stabileren Währungen in Zukunft dem Zwang aus Frankfurt noch folgen, wenn die Perspektive einer einheitlichen Währung genommen wird? Ohne diese Klammern näherte sich Europa geldpolitisch einer Situation, schlußfolgert Hans-Peter Fröhlich vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln, in der Führer und bisher Geführte sich ablösen.

Ob das EWS durchhält, ob die Leitrolle der D-Mark weiter anerkannt wird – nicht zuletzt darüber entscheiden die Franzosen in ihrem Referendum am 20. September.

„Die D-Mark ist nicht mehr das, was sie mal war“

Sitz in Pfronten, Branchenweiter im Bereich Werkzeugmaschinen, hängt bereits am Tropf der Banken.

Dem Maschinenbau macht vor allem der Dollar-Verfall zu schaffen, die Branche ist mit einem Exportanteil von rund 50 Prozent extrem anfällig.

Nun ist die einstige Vorzeigebbranche der deutschen Industrie in der schwersten Krise der letzten Jahrzehnte. Bei vielen Firmen, sagt Verbandspräsident Berthold Leibinger, sei „das Faß am Überlaufen“.

Viele Konzerne versuchen, den verschärften Wettbewerbsdruck an ihre Lieferanten weiterzugeben. Die Kleinen trifft die Krise deshalb besonders hart.

Georg Papst aus St. Georgen im Schwarzwald, Hersteller von Elektromotoren, konnte dem Preisdiktat nicht mehr standhalten. Auf Druck der Deutschen Bank verkaufte er an die Konkurrenz.

Keine andere Branche ist nach einer internen Studie des Bundeskartellamts derzeit so von Pleiten und Aufkäufen bedroht wie die Autozulieferer. Nur einige wenige Konzerne werden diese Phase überleben.

Die Rezession liefert den Konzernvorständen die Begründung für einen rigorosen Personalabbau. Überall soll die Produktion, so das neue Modewort, „schlanker“ werden.

So sickerten bei Opel bald nach Bekanntgabe des Rekordergebnisses für das Geschäftsjahr 1991 radikale Schrumpfpäne durch. Der Vorstand räumte schließlich ein, bis Mitte der neunziger Jahre sollten rund 6000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Opel-Betriebsräte hegen den Verdacht, daß in Wirklichkeit doppelt so viele Stellen gestrichen werden sollen.

Auch westdeutsche Stahlmanager nutzen die Gelegenheit, um ihre Belegschaften zu reduzieren. Rund 20 000 Arbeitsplätze sollen laut Verbandschef Vondran in den nächsten drei Jahren verschwinden.

Thyssen will durch die Verschmelzung der Edelstahlsparte mit dem Bereich Massenstahl 5000 Stellen streichen. Durch die Fusion Krupp-Hoesch könnte ein ganzer Stahlstandort ausraidiert werden.

Während in den Hütten kräftig ausgedünnt wird, sind die Arbeitsplätze in den Vorständen sicher. Bei Thyssen behalten nach der internen Fusion der Stahlbereiche alle elf Topmanager ihren Job.

Auch bei den Klöckner-Werken trifft es keinen an der Spitze, unten wird kräftig ausgefegt. Rund 1800 Stellen sollen in der ersten Etappe gestrichen werden.

Vorstandschef Hans Christoph von Rohr sieht die Krisenbewältigung unter sportlichem Aspekt: „Ein Fitnessprogramm.“